Nummer 159. Mittwoch, 12. Juli 1916. 70. Jahrgang

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt
der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks.

Anzeigeblatt
für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.
Aeltestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Illustriertes Sonntagsblatt.

[illegible] Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1 Mk. 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 67 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.—, am Postschalter abgeholt 1 Mk. 80 Pfg.; durch die Post frei ins Haus vierteljährlich 2 Mk. 22 Pfg.

Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Altmarkt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Postanstalten.
— Nummer der Zeitungsliste 6587. —
Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Grundzeile (Zlm. Mosse 25) oder deren Raum 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg. Reklameteil (Zlm. Mosse 17) 40 Pfg. die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 50 Pfg. — Beilagen: Das Tausend Mk. 7.—. Erfüllungsort Bischofswerda.

Ein deutsches Handels-Unterseeboot überquert den Ozean.

Glückliche Landung in Baltimore mit einer Ladung Farbstoffe.

London, 10. Juli. (Reutermeldung.) Die Blätter veröffentlichen ein New Yorker Telegramm, daß ein deutsches Unterseeboot mit einer wertvollen Ladung Farbstoffe in Baltimore ankam. 20 Meilen von der Küste wurde das Unterseeboot von britischen und französischen Kreuzern verfolgt, wodurch seine Ankunft um vier Tage verzögert worden ist.

Deutsche Ozean-Reederei G. m. b. H

Berlin, 11. Juli. (Privattel.) Über das erste deutsche Handels-Unterseeboot „Deutschland" berichtet die „Voss. Ztg.", daß im Herbst des letzten Jahres in Bremen auf Veranlassung des Herrn Alfred Lohmann eine besondere Reederei gegründet wurde, die den Verkehr des Handelstauchbootes mit Übersee aufnehmen sollte. Diese wurde am 8. November 1915 in das Handelsregister Bremen eingetragen als Deutsche Ocean-Reederei G. m. b. H., gegründet durch den Norddeutschen Lloyd, die Deutsche Bank und Herrn Alfred Lohmann. Verschiedene dieser Boote seien im Bau. Die beiden ersten, „Deutschland" und „Bremen", schwämmen bereits auf dem Ocean. Die Erbauerin der „Deutschland" ist die Germaniawerft in Kiel. Der Führer der „Deutschland" ist Kapitän König.

Wie das deutsche U-Boot in Amerika aufgenommen wurde.

Man sollte meinen, daß die neueste großartige Leistung deutschen Erfindergeistes, wie sie die Konstruktion eines Tauchboot-Ozeanfahrers für Handelszwecke darstellt, Begeisterung im neutralen Amerika hervorrufen müsse, schon im Hinblick darauf, daß die Handels-Tauchboote die durch England nunmehr durch 2 Jahre unterbrochene Verbindung mit dem amerikanischen Handel wieder einigermaßen herzustellen geeignet sein dürften. Nachstehende Reutermeldung läßt jedoch, wenn sie zutreffend ist, erkennen, daß man das deutsche Tauchboot mit Mißtrauen, gepaart mit Neid, empfangen hat. Äußerst komisch wirkt die Ankündigung eines Prozesses wegen Patentverletzung — echt amerikanische Überheblichkeit.

Baltimore, 10. Juli. (Reuter.) **Das hier angekommene Unterseeboot „Deutschland" erhebt Anspruch darauf, ein unbewaffnetes Handelsschiff zu sein. Seine an Schuhmacher & Comp. in Baltimore, Agenten des Norddeutschen Lloyds, konsignierte Ladung besteht aus Farbstoffen und Medizin. Lake, Kassierer der Lake-Torpedo-Company in Bridgeport in Connecticut, beabsichtigt, gegen die „Deutschland" wegen angeblicher Patentverletzung einen Prozeß anzustrengen. Die Offiziere der „Deutschland" stellen in Abrede, daß das Unterseeboot von feindlichen Kriegsschiffen verfolgt wurde. Ein Küstenschutzkutter folgte der „Deutschland" auf ihrer Fahrt nach der Chesepeake-Bai. Es verlautet, daß das Unterseeboot unter Aufsicht bleiben soll.**

Fliegerangriff auf England.

Rotterdam, 10. Juli. (W. T. B.) Amtlich wird aus London gemeldet: Kurz vor Mitternacht erschienen über der Südostküste von England einige feindliche Flugzeuge. Die Flugzeuge scheinen ungefähr fünf Bomben abgeworfen zu haben. Berichte über Schaden sind noch nicht eingelaufen. Das Abwehrgeschütz wurde auf die Angreifer gerichtet.

London, 10. Juli. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Der mitternächtliche Angriff auf Südost-Kent wurde von einem einzigen Flugzeuge ausgeführt. Es wurden 7 Bomben abgeworfen, die außer einigen zerbrochenen Fensterscheiben keinen Schaden (?) anrichteten.

Vertrauen gegen Vertrauen.

In den letzten Tagen hat die der Reichsregierung nahestehende Presse mehr als bisher Anlaß genommen, sich mit Kundgebungen zu beschäftigen, die mit der Frage der Kriegsziele in Beziehung standen. Es ist vielleicht voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, daß die maßgebenden Stellen sich endlich entschlossen haben, der Erörterung dieser Frage weiteren Spielraum zu geben, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß sich auch in diesen gehäuften Auslassungen die Notwendigkeit zeigt, dem deutschen Volke ein freieres Wort in einer Frage zu gestatten, die es neben dem Kriege selbst am tiefsten bewegt. Auch die etwas eigenartige Gründung eines „Nationalausschusses", der eingestandenermaßen das Mitreden beim Friedensschlusse zum Ziele hat, und die noch eigenartigere Bekanntgabe dieser Gründung auf einem dem halbamtlichen recht naheliegenden Wege dürfte dazu führen, diese Notwendigkeit anzuerkennen, wenn nicht dahinter der Versuch gewittert werden soll, das „freie Wort" für einseitige Ziele einzufangen.

Immer und immer wieder wird in den Auslassungen der halbamtlichen Presse das Verlangen erhoben, das deutsche Volk solle Vertrauen zu den Leitern der deutschen Politik haben, da auf diesem Vertrauen die Einigkeit beruhe, die allein ein siegreiches Durchhalten verbürge. Leider scheint am Ursprunge dieser Auslassungen das Wort nicht genügend gewürdigt zu werden, daß das Vertrauen gegenseitig sein muß, wenn es sich für alle Beteiligten ersprießlich erweisen soll. Zu lange schon hat die Reichsregierung es an dem nötigen, nützlichen Vertrauen zur öffentlichen Meinung fehlen lassen und dadurch nicht nur berechtigte Klagen über die Unterdrückung freier Meinungsäußerungen überall da, wo sie ihr unbequem erschien, laut und lauter werden lassen, sondern auch den Grund gelegt zu einem Mißtrauen, über das sie selbst jetzt beredte Klage führt. In der jüngsten Darlegung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wird betont, daß gewisse Kreise im Spätherbste 1914 und im Frühjahr 1915 es bei der Aufstellung der Kriegsziele an der nötigen Vorsicht hätten fehlen lassen. Selbst wenn man das zugibt, bleibt die Frage offen, ob wir heute noch im Sommer 1916, angesichts so stark veränderter Verhältnisse diese Vorsicht so weit treiben müssen, daß alles, was etwa über die, trotz aller Gegenreden doch nur negativ umschriebenen Kriegsziele des Reichskanzlers hinausgeht, unterdrückt werden muß. Angeblich aus Rücksicht auf das Inland. Der Kanzler irrt aber, wenn er annimmt, daß eine Auseinandersetzung über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen noch während des Krieges, unsere inneren Kräfte zersplittern würde. Eine solche Auseinandersetzung würde zeigen, daß abgesehen von der Haase-Liebknecht-Gruppe, von den Leuten des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" und ähnlich gerichteten Politikern die erdrückende Mehrheit bis weit in die Reihen derer um Scheidemann hinein der Setzung weitgreifender Kriegsziele freudig zustimmen würde. Würde das nicht ein Gewinn für unsere innere Kraft, für den Mut und die Opferfreudigkeit unseres Volkes und eine Stärkung der Reichsregierung für die Friedensverhandlungen bedeuten? Freilich England würde man dabei nicht länger vergessen dürfen, denn im Bewußtsein unseres Volkes bleibt England der Hauptfeind. So geartete Friedensziele würden auch im neutralen Auslande nur eine günstige Wirkung ausüben können, wo die Furcht vor England die Politik bestimmt, und wo man leider schon anfängt, unsere Zurückhaltung in der Kriegszielfrage als Mangel an Vertrauen in den Erfolg auszulegen.

Wie die Dinge heute liegen, könnte eine fortgesetzte Zurückhaltung in der Stellungnahme der Reichsregierung zu den Herausforderungen Scheidemanns und seiner Freunde von der demokratischen Presse nach innen wie nach außen nur unheilvoll wirken. Nicht um Einzelheiten handelt es sich, sondern um Klarheit über die verschleierten großen Ziele. Möge der Reichskanzler Vertrauen haben zur öffentlichen Meinung, Vertrauen zum deutschen Volke. Nur dadurch wird er sich das Gegenvertrauen sichern.

•

Wie war es 1870?

Es ist eine natürliche Erscheinung, daß in dem gegenwärtigen Streit um die Kriegsziele sich die Blicke rückwärts lenken auf Bismarck, den Großmeister deutscher Staatskunst. Wie würde er jetzt handeln? Sehr angebracht ist daher, was die „Leipziger Neuest. Nachr." im Leitartikel der letzten Nummer aus der Geschichte uns ins Gedächtnis zurückrufen. Das Blatt schreibt: „Zu welchem Widersinn der gegenwärtige Zustand führt, daß öffentlich über die Kriegsziele nichts weiter öffentlich geredet und geschrieben werden kann, als was die „Norddeutsche" der allgemeinen Erörterung freigibt — wie eben jetzt die russischen Flüsse —, mag man daran ermessen, daß beispielsweise eine von loderndem vaterländischen Geiste getragene Flugschrift, wie die Heinrichs von Treitschke „Was fordern wir von Frankreich?" heute nicht erscheinen könnte, sondern nur als private Denkschrift — wie sie der Kanzler in seiner bekannten Rede kennzeichnete — ihren Weg zu Gesinnungsgenossen finden dürfte. Sie wurde am 30. August 1870 geschrieben, also zu einer Zeit, da das Ende des Krieges noch nicht abzusehen war. Sind wir so viel empfindlicher in den 46 Jahren seither geworden, daß wir alle miteinander nicht mehr ein offenes Männerwort der Besten unter uns vertragen können über das, was uns allen auf der Seele brennt? Oder ist die Furcht auch nur irgendwie begründet, daß nach einem Kriege, der zwei Jahre lang unser Volk bis auf die Grundfesten erschüttert, irgend jemand noch mit uferlosen Eroberungsplänen hervortreten könnte?

Als Heinrich von Treitschke seine Flugschrift veröffentlichte, erklärte er, daß die Zeit gekommen sei — am 30. August 1870 —, daß die Presse dem Volke die notwendigen Forderungen auseinandersetze, die Deutschland zur Sicherheit seiner Zukunft erfüllt sehen müsse. Und irgendwelcher Schaden, der durch solche öffentliche Erörterung des Kriegszieles entstanden wäre, läßt sich auch nicht nachweisen. Im Gegenteil, Bismarck hat von Versailles aus diese von der Presse öffentlich erhobenen Forderungen mehrfach und sehr erfolgreich bei den Verhandlungen zu benutzen gewußt. Und da man bei allen Verhandlungen mehr fordern muß, als man zu erhalten hofft — diese Binsenwahrheit muß gewissen Flaumachern tatsächlich noch immer ins Gedächtnis gerufen werden —, so ist Bismarck immer dafür gewesen, daß man daheim mit seinen Forderungen nicht zaghaft sei. Moriz Busch, der uns ja den Einblick in diese Werkstätte Bismarckschen Geistes verstattet hat, notiert am Abend des 30. September 1870: „Bamberger, der seinen Einfluß in der Presse im Sinne des Kanzlers geltend macht, gebeten, gegen den Unfug aufzutreten, daß deutsche Journalisten schon jetzt, wo wir noch im Kriege und kaum aus dem Gröbsten fertig wären, schon mit Eifer der Mäßigung das Wort reden. Die Ärgste ist die „Kölnische", bei der sich der Gedanken, daß Metz nicht deutsch werden dürfe, weil es französisch spreche, fast wie eine Monomanie äußert. Die Herren brächten schon ihre Ratschläge zu Markte, wie weit man deutscherseits in seinen Ansprüchen gehen könne und dürfe, und plädierten so zugunsten Frankreichs, während sie doch viel klüger täten, hohe Forderungen zu stellen. „Damit man," sagte Bismarck, „wenigstens was Ordentliches bekommt, wenn auch nicht alles, was man fordert. Sie werden mich noch zwingen, die